

Stadt Haan
Niederschrift über die
**12. Sitzung des Ausschusses für Digitalisierung, Organisation und Personal
der Stadt Haan**
am Donnerstag, dem 30.11.2023 um 17:00 Uhr
im Sitzungssaal der Stadt Haan

Beginn:
17:00

Ende:
18:45

Vorsitz

Stv. Jens Lemke

CDU-Fraktion

Stv. Annette Braun-Kohl
AM Udo Greeff
AM Manfred Kupke
Stv. Folke Schmelcher

Vertretung für AM Lowitsch
ab TOP 3 / 17:10 Uhr

SPD-Fraktion

AM Ulrich Klaus
Stv. Simone Kunkel-Grätz
Stv. Jens Niklaus
Stv. Bernd Stracke

Vertretung für AM Twellmeyer
Vertretung für Stv. Dürr
Vertretung für Stv. Blossey

WLH-Fraktion

AM Jannik Flügel
Stv. Meike Lukat
Stv. Sonja Lütz

GAL-Fraktion

AM Uwe Elker
Stv. Nicola Günther

FDP-Fraktion

Stv. Michael Ruppert

Vertretung für Stv. Sawukaytis

Fraktionslose Ratsmitglieder

Stv. Monika Morwind

Schriftführung

StAR'in Sabine Schumacher

Vertreter des Seniorenbeirates

Herr Karlo Sattler

Bürgermeisterin

Bürgermeisterin Dr. Bettina Warnecke

1. Beigeordnete

1. Beigeordnete Annette Herz

Verwaltung

StVD'in Doris Abel

VA Stefan Greß

StOVR Gerhard Titzer

VA Dominic Büsselmann

Personalrat

VA Carsten Butz

Gleichstellungsbeauftragte

VA Nicole Krenzel

Gäste

Herr Dr. Rolf Brockmeyer

Herr Patrick Fraß

per Videozuschaltung

Der **Vorsitzende Stv. Lemke** eröffnet um 17.00 Uhr die 12. Sitzung des Ausschusses für Digitalisierung, Organisation und Personal der Stadt Haan. Er begrüßt alle Anwesenden und stellt fest, dass ordnungsgemäß zu der Sitzung eingeladen wurde.

Die TOP's 1. bis 1.5. werden einvernehmlich festgestellt.

Öffentliche Sitzung

1./ Formalien

1.1. Eröffnung der Sitzung

/

1.2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung

/

1.3. Feststellung der Anwesenheit

/

1.4. Feststellung der Beschlussfähigkeit

/

1.5. Feststellung der Tagesordnung

/

2./ Befangenheitsmitteilungen

Protokoll:

Es gibt keine Befangenheitsmitteilungen.

3./ Organisationsuntersuchung des Amtes für Gebäudemanagement

- Empfehlungen zum Personalbedarf
- Allgemeine Handlungsempfehlungen

Vorlage: 10/150/2023

Protokoll:

Herr Fraß von der Fa. BSL stellt seine Firma vor und fasst wesentliche Ergebnisse anhand der im RIS einzusehenden Präsentation zusammen.

Stv. Braun-Kohl fragt, ob die aufgrund der technischen Anforderungen veränderten Herausforderungen der Schulhausmeister berücksichtigt worden seien.

Herr Fraß antwortet, dass es bestimmte Zuschlagswerte gebe und diese berücksichtigt worden seien, z.B. Vandalismus, Grad der Technisierung. Es wurde keine Begehung aller Objekte durchgeführt..

Stv. Lukat stellt fest, dass es den Vorschlag einer Poolbildung bereits vor zwanzig Jahren schon einmal gegeben und der damalige Arbeitskreis Personal zugestimmt habe. Es seien Stellen eingespart worden, aber man sei nach und nach wieder auf das alte System zurückgekommen.

Die **1. Beigeordnete Herz** erklärt, dass die Verwaltung mit dem Ergebnis von BSL hinsichtlich des Hausmeisterkonzeptes auch nicht zufrieden sei. Sie schlägt einen minimalinvasiven Eingriff in die bestehenden Hausmeister-Stellen vor.

Herr Fraß kennt das Konzept von vor zwanzig Jahren nicht und geht aufgrund der vielen Veränderungen in dieser Zeit davon aus, dass dies heute auch keine Relevanz mehr habe. Aufgrund der Bildung von Betreuungs-Clustern sei man zwingend zu einer Streichung mehrerer Stellen gekommen.

Stv. Stracke bittet um konkrete Darstellung der Aufgaben einer Projektleitung, weil es in der Verwaltung offensichtlich eine andere Auffassung zu dem Erfordernis einer weiteren Projektleitung gebe.

Herr Fraß erläutert, dass Projektleiter ganzheitlich alle Aufgaben, die mit einem Bauvorhaben einhergehen, erledigen (Bauherrenvertretung, Projektleitung, Eigenplanung). Bei einer Nichtbesetzung entstünde eine Lücke, welche zur Minderung des leistbaren Umsatzes führe.

Die **1. Beigeordnete Herz** bestätigt, dass die zusätzliche Stelle von BSL wegen der komplexen Projekte laut Projektplan empfohlen wurde. Aus Sicht der Verwaltung könne man aber darauf verzichten, da aufgrund der Haushaltslage ohnehin nicht alle Projekte zeitnah umgesetzt werden könnten.

Stv. Ruppert fragt, warum nach der Analyse von BSL im Gebäudemanagement so vieles schief lief.

Herr Fraß erläutert, dass das Amt funktioniere, die Projekte und Unterhaltung liefen. Mit klareren Abläufen könnte allerdings effizienter gearbeitet werden, auch weil Aufgaben zukünftig komplexer werden. Die fehlenden Regelungen seien auf mangelnde Führung in der Vergangenheit zurückzuführen.

Stv. Lukat ist über die festgestellten Mängel irritiert, weil dies kaum vorstellbar sei. Sie fragt, ob nicht erstmal eine Grundlage geschaffen werden müsse, bevor mehr Mitarbeitende eingestellt würden?

Der **Leiter des Gebäudemanagements Greß** antwortet, dass Beides gemacht werden müsse. Mit der Schaffung von Regeln sei bereits begonnen worden, Arbeitsplatzbeschreibungen würden neu erstellt. Das Amt sei personell nicht gut ausgestattet, so dass neue Leute hermussten.

Stv. Lukat fragt Herrn Greß wie lange es dauern würde, die Organisationsdefizite abzubauen.

Herr Greß antwortet, dass dies davon abhängen würde, wie die Politik über den Stellenplan entscheiden werde. Ansonsten ginge er von einem guten Jahr aus.

Herr Fraß ergänzt, dass die Datenvervollständigung auf jeden Fall länger dauern werde, und zwar ca. drei Jahre.

Stv. Ruppert stellt fest, dass Standards reduziert werden müssten, da es weder Personal noch Geld gebe.

Stv. Lukat erklärt, dass die WLH den Beschlussvorschlägen nicht zustimmen werde. Man habe bspw. lange über das Klima beraten und aus gutem Grund eine Stelle eingerichtet. Dies solle jetzt nicht wieder umgeschmissen werden. Herrn Greß fragt sie, welchen Sinn mehr Mitarbeitende machten, wenn die Basis nicht stimme? Sie stellt sich vor, dass bis zum Stellenplanbeschluss im März ein Bericht über Fortschritte vorgelegt werden und meldet dementsprechend Beratungsbedarf an.

Stv. Günther sieht es ähnlich wie Stv. Lukat und meldet für die GAL ebenfalls Beratungsbedarf an.

Stv. Stracke meldet für die SPD ebenfalls Beratungsbedarf an. Er möchte bspw. wissen, warum die Digitalisierungsstelle bei 65 gestrichen werden soll, obwohl die Digitalisierung so wichtig sei. Er fragt sich, warum BSL die Daten von vor zwanzig Jahren nicht an die Hand gegeben wurden. Vor vielen Jahren habe es ein teures „Werker-Gutachten“ gegeben, welches heute noch abgearbeitet werde. Er bittet auch um Berichterstattung.

Stv. Braun-Kohl meint, dass das System derzeit kippe und dass jede Menge Bewerber in den Kommunen ankämen. Sie plädiert dafür, es nicht wieder so weit kommen zu lassen, wie es damals im „Werker-Gutachten“ festgestellt worden sei. Sie meldet entsprechenden Beratungsbedarf an.

Der **Vorsitzende Stv. Lemke** fragt, ob eine Beratung im DOPA am 12.03.2024, also vor der entscheidenden Ratssitzung, stattfinden solle?

Stv. Lukat möchte das lieber jetzt schon andiskutieren, damit evtl. noch Ergänzungen erfolgen können. Des Weiteren möchte sie gerne über die von der Verwaltung vorgeschlagenen Kompensationsstellen beraten und bittet die Verwaltung um entsprechende Erläuterung.

In diesem Zusammenhang nennt **Stv. Ruppert** das KOD-Konzept, welches aufgrund der vorgesehenen Halbierung der Stellen nicht umgesetzt werden könne.

Der **Vorsitzende Stv. Lemke** schlägt abschließend zu diesem Thema vor, dass jede Fraktion eine Mail an Herrn Titzer schreiben solle, wo noch Erläuterungsbedarf bei den Kompensationsstellen bestehe.

Beschluss:

Die Ratsfraktionen haben zu diesem TOP Beratungsbedarf angemeldet. Eine Beschlussempfehlung erfolgt daher nicht.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

4./ Stellenplan der Stadt Haan für das Jahr 2024 Vorlage: 10/136/2023

Protokoll:

Herr Sattler erläutert seinen Antrag ausführlich und appelliert dringend an den Erhalt der Stelle für den Seniorenbeirat.

Stv. Lukat weist darauf hin, dass die Politik „nur“ den Stellenplan beschließe und die Bürgermeisterin für das Personal zuständig sei. Da die Stelle für den Seniorenbeirat nicht gestrichen wurde, könne die Politik nicht in die vorgesehene Maßnahme der Bürgermeisterin eingreifen.

Sie verweist des Weiteren darauf, dass sie nach Auswirkungen der beabsichtigten Personalmaßnahme gefragt habe, könnte aber aus der Stellungnahme von Herrn Sattler nicht konkret erkennen, welche Problemlagen entstehen würden. Sie bittet Herrn Sattler das Thema mit der zuständigen Dezernentin oder der Bürgermeisterin zu klären, aber nicht mit der Politik.

Die **1. Beigeordnete Herz** erläutert, dass es in der kommenden Woche einen Termin mit dem betroffenen Mitarbeiter geben würde, um konkret zu prüfen, wie eine Umsetzung der Pläne erfolgen könne. Sie ist sich sicher, dass es eine gute Lösung geben werde, die die Bedürfnisse aller zufriedenstellen werde.

Herr Sattler kann die Haltung der Politik nicht nachvollziehen, dass diese sich für nicht zuständig erkläre. Dies sei kein gutes Signal an die Ehrenamtler.

StOVR Titzer erläutert, dass jede Stelle einer Aufgabenkritik unterzogen werde und dies auch bei dem für den Seniorenbeirat zuständigen Kollegen möglich sein müsse. Es gehe hier um nichts anderes als um Steuergelder, so dass freiwillige Aufgaben überprüft werden müssten. Im Übrigen sei die Stelle, entgegen Herrn Sattlers Aussage, nicht bewertet. Eine Beschreibung, Optimierung und Bewertung, erfolge aber demnächst.

Stv. Stracke kann die Bedenken von Herrn Sattler nachvollziehen und wirbt dafür, die Stelle nach der vorgesehenen Unterbrechung wieder voll zu besetzen.

Bürgermeisterin Dr. Warnecke weist ausdrücklich darauf hin, dass sie nicht möchte, dass hier Namen von Mitarbeitenden genannt werden und über deren Auslastung gesprochen werde.

Stv. Braun-Kohl stellt fest, dass die Bezeichnung im Stellenplan zukünftig nicht mehr „Technischer Beigeordnete/r“, sondern „Technische/r Dezernent/in“ heißen muss. Des Weiteren fragt sie, warum nicht mehr Azubis eingestellt würden?

StOVR Titzer verweist zur ersten Ausführung von Stv. Braun-Kohl darauf, dass der Stellenplan bereits vor der Entscheidung des Rates, dass die Stelle verändert werden soll, eingebracht worden sei.

Hinsichtlich der Azubis erläutert er, dass es im Vergleich zu den Vorjahren sowohl mehr Auszubildende, als auch mehr Ausbildungsgänge gebe. Er weist darauf hin, dass es nach den derzeit laufenden Tarifverhandlungen sein könne, dass Auszubildende nach Beendigung der Ausbildung übernommen werden sollen. Dies würde bedeuten, dass wir den Stellenplan unterlaufen würden, wenn wir über Bedarf ausbilden und übernehmen würden.

Beschluss:

Da auch der Haushalt 2024 erst im kommenden Jahr verabschiedet werden soll, wird auch der Beschluss zum Stellenplan dahingehend verschoben. Eine Beschlussempfehlung erfolgt daher nicht.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

5./ Stellenplan 2024

hier: Erhöhung eines Stellenanteils von 0,7 auf 1,0 für die Sachbearbeitung „Kita-Finanzierung“ im Stellenplan 2024

Vorlage: 10/137/2023

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Haan stimmt einem zusätzlichen Stellenanteil von 0,3 VZÄ (EG 9c) für die Sachbearbeitung „Kita-Finanzierung“ im Stellenplan 2024 zu.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

16 Ja / 0 Nein / 1 Enthaltung

6./ Stellenplan 2024

hier: Aufnahme von drei Stellen Kita-Helfer_innen mit jeweils 0,8 VZÄ im Stellenplan 2024

Vorlage: 10/144/2023

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Haan stimmt der Einrichtung von drei Stellenanteilen „Kita-Helfer_innen“ mit jeweils 0,8 VZÄ (S 2) und somit einem Stellenanteil von insgesamt 2,4 VZÄ im Stellenplan 2024 mit KW-Vermerk zu.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

16 Ja / 0 Nein / 1 Enthaltung

7./ Stellenplan 2024

hier: Aufnahme einer Teilzeitstelle plusKita Fachkraft im Stellenplan 2024

Vorlage: 10/145/2023

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Haan stimmt der Einrichtung eines Stellenanteils von 0,5 VZÄ (EG S 8b) für plusKita Fachkraft im Stellenplan 2024 zu.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen
16 Ja / 0 Nein / 1 Enthaltung

- 8./ Stellenplan 2024**
hier: Aufnahme einer Teilzeitstelle „Wirtschaftliche Erziehungshilfe“ im
Stellenplan 2024
Vorlage: 10/138/2023
-

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Haan stimmt der Einrichtung eines Stellenanteils von 0,6 VZÄ (EG EG 9c) für die wirtschaftliche Erziehungshilfe im Stellenplan 2024 zu.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen
16 Ja / 0 Nein / 1 Enthaltung

- 9./ Stellenplan 2024**
hier: Aufnahme einer Teilzeitstelle Verfahrenslotse_in gem. § 10b SGB VIII
im Stellenplan 2024
Vorlage: 10/143/2023
-

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Haan stimmt der Einrichtung eines Stellenanteils von 0,5 VZÄ (EG S 14) für einen/einer Verfahrenslotse_in im Stellenplan 2024 zu.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen
16 Ja / 0 Nein / 1 Enthaltung

10./ Stellenplan 2024

hier: Aufnahme einer Teilzeitstelle „Case Management im Rahmen des Kommunalen Integrationsmanagements (KIM)“ im Stellenplan 2024 mit KW-Vermerk

Vorlage: 10/142/2023

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Haan beschließt die Einrichtung eines Stellenanteils von 0,5 (S 12) für das Casemanagement im Rahmen des Kommunalen Integrationsmanagement im Amt 50 (Amt für Soziales und Integration Fachamt 50-2), im Stellenplan 2024 dieses gefördert durch das Programm KIM und weitere Kreismitteln.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen
16 Ja / 0 Nein / 1 Enthaltung

11./ Stellenplan 2024

hier: Aufnahme einer Vollzeitstelle Telekommunikationstechniker:in im Stellenplan 2024

Vorlage: 10/139/2023

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Haan stimmt der Einrichtung eines Stellenanteils von 1,0 VZÄ (EG 9a) für einen/einer Telekommunikationstechniker:in im Stellenplan 2024 zu.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen
16 Ja / 0 Nein / 1 Enthaltung

12./ Stellenplan 2024

hier: Aufnahme einer Vollzeitstelle für die Personalsachbearbeitung im Stellenplan 2024

Vorlage: 10/140/2023

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Haan stimmt der Einrichtung eines Stellenanteils von 1,0 VZÄ (EG 9a) für die Personalsachbearbeitung im Stellenplan 2024 zu.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

16 Ja / 0 Nein / 1 Enthaltung

13./ Stellenplan 2024

hier: Aufnahme einer Teilzeitstelle Lohn- und Bezügesachbearbeitung im Stellenplan 2024

Vorlage: 10/141/2023

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Haan stimmt der Einrichtung eines Stellenanteils von 0,5 VZÄ (EG 8) für die Lohn- und Bezügesachbearbeitung im Stellenplan 2024 zu.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

16 Ja / 0 Nein / 1 Enthaltung

14./ Stellenplan 2024

hier: Erhöhung der Stellenanteile bzw. Einrichtung zusätzlicher Stellen an den OGS-Standorten Don-Bosco-Schule und GGS Gruitzen sowie Einrichtung von 2 Praxis Integrierten Ausbildungsstellen für den Erzieher_innen Beruf (PiA) für beide städtischen OGS-Standorte
Vorlage: 10/146/2023

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt stimmt der Erhöhung der Stellenanteile bei verschiedenen Fach-, Ergänzungs- und Hauswirtschaftskräften an der OGS Don-Bosco-Schule um 0,1 VZÄ (0,1 Hauswirtschaftskraft) und an der OGS Gruitzen um 0,6 VZÄ (0,3 Fachkraft- und 0,3 Ergänzungskraft), der Einrichtung von zusätzlichen Stellen im Umfang von 0,8 VZÄ (Ergänzungskraft) an der OGS Don-Bosco-Schule sowie 1,0 VZÄ (0,8 Fachkraft und 0,2 Ergänzungskraft) sowie der Einrichtung von jeweils 1 Praxis Integrierten Ausbildungsstelle für den Erzieher_innen Beruf (PiA) für beide Städtische OGS-Standorte zu.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen
16 Ja / 0 Nein / 1 Enthaltung

15./ Stellenplan 2024

hier: Aufnahme einer Teilzeitstelle für Tätigkeiten im Bereich unbegleiteter minderjähriger Ausländer (UmA) im Stellenplan 2024
Vorlage: 10/149/2023

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Haan stimmt der Einrichtung eines Stellenanteils von 0,5 VZÄ (S 14) für Tätigkeiten im Bereich unbegleiteter minderjähriger Ausländer (UmA) im Stellenplan 2024 zu.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen
16 Ja / 0 Nein / 1 Enthaltung

16./ Haushaltsplanberatungen 2024; Digitalisierung, Organisation und Personal
Vorlage: 20/108/2023

Beschlussvorschlag:

Für den Zuständigkeitsbereich des Ausschusses für Digitalisierung, Organisation und Personal werden die in den Produkten genannten Ansätze des Ergebnis- und Finanzplanes wie im vorliegenden Haushaltsplanentwurf 2024 ausgewiesen dem Haupt- und Finanzausschuss zur Beschlussfassung empfohlen.

Über vorliegende Veränderungsanträge zum Haushalt (Nr. 45 bis 55), die nicht in einer separaten Vorlage behandelt werden, wird nach Beratung eine Empfehlung ausgesprochen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

17./ Beantwortung von Anfragen

Protokoll:

Es liegen keine Anfragen vor.

18./ Mitteilungen

Protokoll:

Es liegen keine Mitteilungen vor.